

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
24.09.2014
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP
Vorlage: 14/SVV/0275
Fraktion SPD
zur Erledigung
 - 3.2 Familientarife bei den Stadtwerken
Vorlage: 14/SVV/0657
Fraktion SPD
 - 3.3 Wirtschaftsbeirat für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0660
Fraktion SPD
 - 3.4 Open Government Data
Vorlage: 14/SVV/0711
Fraktion DIE LINKE
 - 3.5 Sitzungskalender 2015
Vorlage: 14/SVV/0718
Stadtverordnete Müller als Vorsitzende der StVV
 - 3.6 Regionale Verkehrsprojekte voranbringen
Vorlage: 14/SVV/0787
Fraktionen SPD, CDU/ANW
zur Erledigung
 - 3.7 Honorarsituation für Kursleitende an der Volkshochschule
Vorlage: 14/SVV/0823
Fraktion DIE LINKE
 - 3.8 Selbstbindungsbeschluss zum Integrierten Entwicklungskonzept "Soziale Stadt
Am Stern/ Drewitz" Fortschreibung 2014 - 2018
Vorlage: 14/SVV/0829
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 3.9 Nebentätigkeiten von Geschäftsführenden in städtischen Betrieben
Vorlage: 14/SVV/0771
Fraktion DIE aNDERE
- 3.10 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Diagnostik GmbH
Vorlage: 14/SVV/0789
Fraktion DIE aNDERE
- 4 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0889
Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Sachstandsbericht zum Facility-Management Kulturmanagement
Schiffbauergasse
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.09.2014

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese in folgenden Punkten zu ändern:

Tagesordnungspunkt 5.1 - Sachstandsbericht zum Facility-Management Kulturmanagement Schiffbauergasse – ist von der Tagesordnung zu streichen, da kein Vertreter der Pro Potsdam an der heutigen Sitzung teilnehmen könne. Die Berichterstattung dazu soll nunmehr im Ausschuss für Kultur erfolgen.

Er schlägt vor, die Tagesordnung um folgende Punkte zu **erweitern**:

- Information über einen Notfallplan zur Aufnahme von Flüchtlingen
 - Information zum aktuellen Stand "Neubau Suppenküche"
- sowie

- Information zum Mietvertrag für Künstler in der Panzerhalle.

Da sowohl Frau Müller-Preinesberger als auch Herr Richter zu einer Einwohnerversammlung erwartet werden, sollten diese Informationen zu Beginn der Sitzung gegeben werden.

Herr Schubert beantragt, in diesem Zusammenhang auch eine Information zur Fundtierbetreuung zu geben, da Frau Müller-Preinesberger dann nicht mehr zur Verfügung steht.

Der Oberbürgermeister stellt dies zur Abstimmung und diese Erweiterung der Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit bestätigt.

Im Weiteren soll eine Information unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ zum

- aktuellen Stand des geplanten Zwischenumzugs der Fachhochschule Potsdam vom Alten Markt in das Gebäude des Rechenzentrums gegeben werden.

Er informiert darüber, dass folgende Anträge auf Rederecht vorliegen:

- von der Fraktion DIE aNDERE zum TOP 3.10 - DS 14/SVV/789 - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Diagnostik GmbH für:
 1. Frau Ute Prieß (Personalvertretung)
 2. Frau Birgit Schmeier/Frau Anett Fleischhauer (betroffene Mitarbeiterinnen der Diagnostik GmbH).
- von der Fraktion DIE LINKE für die Bürgerinitiative Offener Pfingstberg - hier - Herrn Hörstel.

Die Anträge auf Rederecht werden einstimmig angenommen.

Gleichzeitig bittet die Fraktion DIE LINKE um eine Information zum Park der Villa Henckel, die ebenfalls zu Beginn der Sitzung gegeben werden soll.

Herr Schubert beantragt, den Tagesordnungspunkt 3.1 **Änderung der Spielplatzsatzung der LHP, Vorlage: 14/SVV/0275** noch einmal **zurückzustellen**, da die von der Verwaltung zugesagte Stellungnahme nicht vorliegt.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 4. Sitzung des Hauptausschusses vom 24.09.2014 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 16 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

neu Information über einen Notfallplan zur Aufnahme von Flüchtlingen

Frau Müller-Preinesberger führt diesbezüglich aus, dass sich die Quote der unterzubringenden Flüchtlinge (Asylantragsteller) für die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zukünftig noch erhöhen werde; derzeitige Quote 396 pro Jahr (zuzüglich extra zugewiesener Kriegsflüchtlinge). Neben den in der letzten Sitzung des Hauptausschusses vorgestellten Planungen in Groß Glienicke/Waldsiedlung mit 100 Plätzen und einer Nutzungsmöglichkeit ab ca. Ende Januar

2015, habe es gestern bezüglich der Wiederbelebung des Standortes Lerchensteig eine Bürgerversammlung mit der AWO gegeben. Die AWO werde als Eigentümerin der Liegenschaft gleichzeitig als Betreiberin des Objektes mit 140-160 Plätzen fungieren und dieses ab Januar/Februar 2015 zur Verfügung stellen können. Gleich im Anschluss ihrer Ausführungen werde sie in einer Einwohnerversammlung mit Anwohnern der Tornowstraße ins Gespräch kommen und ihnen die Planungen erläutern. Das dort vorgesehene Objekt Tornowstraße 51, derzeit noch als Magazin des Potsdam Museums genutzt, könne frühestens ab Sommer 2015 mit einer Kapazität von ca. 90 – 100 Personen zur Verfügung stehen.

Da die LHP die Aufnahmequote für das Jahr 2014 nach derzeitigem Stand nicht erfüllen kann, gelte es, darüber hinaus einen Notfallplan zu entwickeln, um zusätzliche Plätze zu akquirieren, um ggf. Flüchtlinge schnell unterbringen zu könne. Die diesbezügliche Nutzung von Turnhallen bzw. Zelten müsse unter allen Umständen vermieden werden. Dafür vorgesehen seien ehemalige Büroräume in der Dortustraße 45a, die brandschutztechnisch noch hergerichtet werden müssen und zum 15.12.14 angemietet werden können. Die für ca. 40 Personen nutzbaren Räumlichkeiten reichen aber nicht aus, so dass geplant sei, das Haus 3 auf dem Gelände des Luftschiffhafens zu nutzen. Hier könne eine Notunterbringung bis zu 100 Personen realisiert werden, ggf. wäre ein Sanitätscontainer aufzustellen. An eine dauerhafte Lösung sei hier nicht gedacht. Daneben wird die Möglichkeit der Aufstellung von Containern auf dem Gelände des ehemaligen Landtagsgebäudes als temporäre Lösung geprüft. Weiterhin werde erneut der Standort Pirschheide geprüft.

Auf Nachfrage führt sie aus, dass die für die Realisierung der Flüchtlingsunterkünfte nötigen finanziellen Mittel in ihrem Geschäftsbereich einzuplanen sind.

neu Information zum aktuellen Stand "Neubau Suppenküche"

Zu der von der Fraktion DIE LINKE erbetenen Information führt Herr Richter aus, dass der genaue Termin für die Fertigstellung erst nach erfolgreicher Submission genannt werden könne. Der Termin der Submission sei nunmehr der 04. November 2014 und habe sich verzögert, weil es noch Wünsche der Submissionsstelle zum Leistungsverzeichnis gegeben habe.

Herr Dr. Scharfenberg zeigt sich verwundert über das aus seiner Sicht zögerliche Verfahren. Auf seine Nachfrage, ob der Termin der Fertigstellung in 2014 noch zu halten sei, entgegnet Herr Richter, dass derzeit von einer Modulbauweise ausgegangen werde und je nach Zuschlagserteilung Lieferfristen von günstigstenfalls 6 Wochen zu kalkulieren seien. Anschließend müsse die Küche installiert und weitere Ausbauarbeiten vorgenommen werden.

neu Information zum Mietvertrag für Künstler in der Panzerhalle

Herr Richter informiert, dass das in Rede stehenden Objekt „Haus 5“ in Groß Glienicke auch von insgesamt 50 Künstlern und Gewerbetreibenden genutzt werde, und zwar zu einem deutlich günstigeren Mietpreis von 3 Euro brutto warm (Künstler) und etwas über 5 Euro brutto warm (Gewerbetreibende). Ein ehemaliger Stadtverordneter habe sich mit der Frage an das Innenministerium gewandt, ob es Aufgabe des Kommunalen Immobilienservices (KIS) der Landeshauptstadt sei, Mieten zu subventionieren. Dies wurde verneint und darauf verwiesen, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz zu berücksichtigen sei. Da sich

die Stadt/der KIS derzeit in einem diffizilen Genehmigungsverfahren zum Schulentwicklungsplan befinde, sei die Zusage gegeben worden, die Mieten entsprechend zu ändern.

Die Künstler seien gestern informiert und für November sei ein weiteres Gespräch vereinbart worden, in dem besprochen werden soll, wie die Künstler in das Atelierhaus eingebunden werden können, um ihre Situation wirtschaftlich erträglicher zu gestalten.

Auf Nachfrage erklärt er, dass die Miete jetzt auf das marktübliche Niveau angehoben werde.

neu Fundtierbetreuung

Frau Müller-Preinesberger bestätigt die Schließung des Pfötchenhotels zum 31. Dezember 2014, so dass die Fund- und Verwahrtiere zum 01.01.2015 anderweitig untergebracht werden müssen.

neu Information zum Park der Villa Henckel

Eingangs nimmt Herr Hörstel für die Bürgerinitiative offener Pfingstberg das Rederecht wahr und informiert über deren Ziele, wie die Beseitigung des Bauzauns, die Herstellung des öffentlichen Zugangs zum Park von 07:00 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit und den Erhalt des „natürlichen Auftritts“ des Parks. Er bemängelt die Gesprächsbereitschaft des Eigentümers und fordert, alle Unterlagen offen zu legen sowie die Bürger konkret über alle Schritte in Kenntnis zu setzen.

Anschließend informiert der Oberbürgermeister über ein am 14. Oktober 2014 zwischen ihm und Herrn Prof. Hartmut Dorgerloh, Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG), geführtes Gespräch und zwar in Anwesenheit der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Prof. Sabine Kunst, und einem Vertreter von Dr. Mathias Döpfner über die Nutzung des Parks der Villa Henckel und der Villa Schlieffen in der Potsdamer Weinmeisterstraße.

Dieses Gespräch sei dringend erforderlich gewesen, weil die Landeshauptstadt in die Planung nicht involviert worden sei, bis auf denkmalschutzrechtliche Belange. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie der Vertreter von Dr. Döpfner habe zugesagt und bestätigt, dass die im Bebauungsplan Nr. 48 als öffentliche Parkanlage festgesetzte Fläche auch in Zukunft bebauungsplankonform öffentlich zugänglich bleibe. Er habe seinerseits deutlich gemacht, dass die Landeshauptstadt unter einer öffentlichen Zugänglichkeit eine tägliche Öffnung analog zu anderen Parkanlagen der Stiftung verstehe. Dies mache eine Trennung der öffentlichen von der privaten Fläche erforderlich, was im Widerspruch zur gartendenkmalpflegerischen Zielstellung stehe.

Es sei vereinbart worden, dass die konkrete Ausgestaltung der Parkanlage zwischen der Stiftung, der Landesdenkmalpflege und der städtischen Denkmalpflege im Hinblick auf die denkmalrechtlichen, planungsrechtlichen und naturschutzrechtlichen Belange hin in einem Werkstatt- und Verwaltungsverfahren abgestimmt wird. Im Zuge der Abstimmungen über die konkrete Ausgestaltung der Parkanlage werden auch Fragen der äußeren Umzäunung und der derzeitigen Bauzäune geklärt. Ziel sei es, im Frühjahr 2015 das Gesamtkonzept zu präsentieren.

Abweichend von der bisherigen Planung, den Park in seiner ursprünglichen Größe erlebbar zu machen, werde analog den Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 48 eine als private Parkanlage ausgewiesene Fläche rund um die Villa Henckel, zu der auch das Privatgrundstück von Herrn Döpfner zählt, in Zukunft eingezäunt. Damit werde die gartendenkmalpflegerische Auffassung, dass Garten und Park der Villa Henckel nicht voneinander separiert werden dürfen, aufgegeben. Auch der genaue Verlauf dieses Zauns werde im Werkstatt- und Verwaltungsverfahren abgestimmt. Mit der Einzäunung der privaten Grünfläche rund um die Villa Henckel werde den privaten Belangen von Herrn Dr. Döpfner entsprochen.

Mit dieser Verabredung sei die unmittelbare Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam ebenso sichergestellt, wie die Kontrolle der Umsetzung des Bebauungsplanes.

Im Weiteren werden die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder beantwortet, so von Frau Dr. Schröter zum Abbau des jetzigen Bauzauns. Dieser sei aus Sicherheitsgründen aufgebaut worden, gehe aber nicht mit den Grundstücksgrenzen konform, so dass auch darüber verhandelt werde.

Auf die Nachfrage von Frau Pöller, ob die Beteiligung der Bürgerinitiative am Werkstattverfahren gesichert sei, entgegnet der Oberbürgermeister, dass er das für ein Gebot halte, die Interessen der Öffentlichkeit zu berücksichtigen und sie in die Verfahren mit einzubeziehen.

Herr Schultheiß fragt nach, ob die Schließung an den Wochenenden vom Tisch sei. Dies, so der Oberbürgermeister, sei im Detail noch zu besprechen. Allerdings seien Teile des wiederhergestellten Gartens schutzbedürftig und nur in diesem Sinne sei eine Beschränkung möglich.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass weder der B-Plan noch die Stiftungssatzung eine Einschränkung der öffentlichen Nutzung zulasse. Die Frage sei, wie zukünftig so etwas verhindert und Mechanismen installiert werden können, die die Einbeziehung der Landeshauptstadt Potsdam gewährleisten. Darüber hinaus sei der Zaun willkürlich gezogen worden und sei es fraglich, ob er überhaupt erforderlich sei.

Herr Schubert fragt nach einer geplanten Zeitschiene und schlägt vor, das Gespräch im Hauptausschuss in Anwesenheit der Stiftung und eines Vertreters von Herrn Dr. Döpfner fortzusetzen, um ihre Vorstellungen kennenzulernen.

Der Oberbürgermeister schließt sich diesem Vorschlag an und schlägt dafür die nächste Hauptausschusssitzung am 12.11.14 vor.

Herr Schüler betont, dass er nicht alle Forderungen der Bürgerinitiative teile und widerspricht der Auffassung von Herrn Dr. Scharfenberg bzgl. der Einschränkung der öffentlichen Nutzung. Die Satzung sehe dies durchaus vor, wenn es für den Erhalt und die Pflege der Kulturgüter nötig sei. Er erwarte, dass das Werkstattverfahren mit der nötigen Transparenz durchgeführt werde und fordere die Stiftung auf, den vorläufigen Bauzaun bis zum Beginn der Arbeiten zu öffnen.

Gegen die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Terminstellung erhebe sich kein Widerspruch.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Änderung der Spielplatzsatzung der LHP

Vorlage: 14/SVV/0275

Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 3.2 **Familientarife bei den Stadtwerken**

Vorlage: 14/SVV/0657

Fraktion SPD

Für die Fraktion DIE aNDERE nimmt Herr Linke an der Beratung des Tagesordnungspunktes teil, Frau Pöller nimmt in den Gästereihen Platz.

Unter Verweis auf die Diskussion im Ausschuss für Finanzen bittet Herr Schubert, die Frage der Einschränkung eines Familientarifs an das Ende des Prüfberichtes zu stellen, denn es gebe in der Stadt schon Leistungen wie den Baby-Bonus oder den Starterbonus, die unabhängig vom Einkommen gewährt werden.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Fraktion DIE LINKE bereits zwei Anläufe genommen habe, um Sozialtarife einzuführen und beide Anträge seien auch mit den Stimmen der SPD abgelehnt worden. Unabhängig von der Frage einer Einschränkung habe dieses Anliegen wirtschaftliche Auswirkungen, die nicht nur einmalig, sondern dauerhaft von der Stadt zu subventionieren seien. Wenn es eine Prüfung gebe, dann unter sozialen Gesichtspunkten.

Dem schließt sich Herr Linke an und fragt nach, wer das kompensieren solle.

Nachdem sich weitere Mitglieder des Hauptausschusses dazu geäußert haben, stellt der Oberbürgermeister den Antrag zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Potsdam die Einführung von Familientarifen für relevante Parameter der Mietnebenkosten wie Energie, Wasser, Entsorgung zu prüfen. Ziel soll eine gerechte Entlastung von Familien sein. Der Prüfbericht mit Handlungsvorschlägen soll der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2014 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei 5 Ja-Stimmen und
einer Stimmenthaltung

zu 3.3 **Wirtschaftsbeirat für die Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 14/SVV/0660

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister verweist auf den dazu schriftlich ausgereichten Änderungsantrag der Verwaltung, der entsprechend der Vereinbarung in der Hauptausschusssitzung vom 27.08.2014 vorgelegt werde.

Anschließend bringt Herr Kirsch folgenden Ergänzungsantrag ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Bereich IKT zusätzlich Vertreter des Potsdamer IT-Netzwerkes Silicon Sanssouci e. V. zu berufen.

Er begründet dies damit, dass das SAP Innovation Center nicht ein typisches IKT- Unternehmen der Landeshauptstadt Potsdam repräsentiere. Diese

Sachkompetenz werde bereits durch die Vertretung des Hasso-Plattner-Institutes im Bereich Wissenschaft und Forschung eingebracht. Vielmehr sei eine Entsendung eines Vertreters des Potsdamer IT-Netzwerkes Silicon Sanssouci e. V. zu prüfen, der sich schon heute in der Arbeit an den Bedürfnissen der IT-Unternehmen des Standortes orientiert und sich eigenständig nur aus Mitgliedern der IT-Branche Potsdams zusammensetzt.

Herr Schultheiß beantragt, *den Punkt 3 um die AG Innenstadt und AG Babelsberg zu erweitern.*

Herr Dr. Scharfenberg unterstreicht, dass der Änderungsantrag dem Auftrag aus dem Hauptausschuss entspreche und bittet um die Aufnahme einer Terminstellung im Punkt 8

Die von Herrn Kirsch und Herrn Schultheiß beantragten **Erweiterungen des Punktes 3** werden mit **Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Änderungsantrag der Verwaltung wird mit diesen Ergänzungen und der Erweiterung im Punkt 8:

... beauftragt, der StVV am 03.12.14 gemäß Punkt 3 und 5 eine Vorschlagsliste für die Berufung der Mitglieder vorzulegen ...

zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 12 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam („sonstige, nicht formalisierte Beratungsgremien“) ein Gremium zur Förderung der Belange der Wirtschaft in der Landeshauptstadt Potsdam zu bilden.
2. Das Gremium erhält die Bezeichnung:
Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam - „Innovation, Transformation, Wirtschaftsförderung“.
3. Dem Wirtschaftsrat sollen Vertreter folgender Wirtschaftseinrichtungen und –bereiche angehören:

Kammern

IHK Potsdam, HWK Potsdam Verbände
Wirtschaftsjunioren Potsdam e.V., Wirtschaftsforum Brandenburg e.V., Unternehmerverband Brandenburg Berlin e.V.
(Geschäftsstelle Potsdam), Marketing-Club Potsdam e.V.

Wissenschaft/Forschung/Lehre
UP Transfer, HPI

Medien

transfer media GmbH IKT
SAP Innovation Center
Biotechnologie/Life Science
Max-Planck-Institut, Fraunhofer-Institut

Produzierendes Gewerbe/Handwerk

Deutsche Glas Berlin-Brandenburg GmbH

Handel/Dienstleistung/Tourismus

DEHOGA, MBB

Finanzierung/Banken

MBS, ILB

Wirtschaft

Notus energy Plan GmbH & Co KG, Christoph Miethke GmbH & Co KG

Agentur für Arbeit Potsdam

Gewerkschaften

Wirtschaftsförderung

ZAB GmbH, TGZP GmbH

Immobilien/Eigentümer/Projektentwickler

asenticon AG, Stadtkontor GmbH

Wissenschaft - theoretischer Sachverstand

Deutsches Institut für Urbanistik (difu) gGmbH

Potsdamer IT-Netzwerkes Silicon Sanssouci e.V.

AG Innenstadt und AG Babelsberg

4. Der Wirtschaftsrat soll die Stadtverordnetenversammlung (SVV), deren Ausschüsse und die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam in allen die Wirtschaft der Stadt betreffenden Angelegenheiten beraten
5. Die Mitglieder des Wirtschaftsrates werden namentlich auf Vorschlag des Oberbürgermeisters durch die SVV für die Dauer von drei Jahren berufen.
Die Fraktionen der SVV können ein Mitglied mit Anwesenheits- und Rederecht ohne Stimmrecht entsenden Hierdurch soll die Unabhängigkeit der Empfehlungen des Wirtschaftsrates an die SW gewahrt bleiben.
6. Der Wirtschaftsrat wählt aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden und gibt sich selbst eine Geschäftsordnung.
7. Im Auftrag des Oberbürgermeisters ist der Bereich Wirtschaftsförderung ständiger Teilnehmer der Sitzungen des Wirtschaftsrates und übernimmt die Betreuung des Gremiums. Zu den Inhalten der Betreuung gehören auch Fragen zur Ausstattung des Wirtschaftsrates, der Wechsel von Mitgliedern des Wirtschaftsrates sowie die Sicherstellung der Berichtspflicht gegenüber der SVV.
8. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, der SVV **am 03.12.14** gemäß Punkt 3 und 5 eine Vorschlagsliste für die Berufung der Mitglieder vorzulegen.

Nach der Berufung der Mitglieder ist durch den Bereich Wirtschaftsförderung gemäß Punkt 7 zur Konstituierung des Wirtschaftsrates einzuladen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.4 **Open Government Data**
Vorlage: 14/SVV/0711
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein. Herr Exner begründet anschließend seinen Änderungsantrag, der einen „Rahmen“ für das Anliegen ziehe.

Herr Dr. Scharfenberg übernimmt namens der Antragstellerin diese Änderungen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam strebt **im Rahmen ihrer weiter zu entwickelnden IT- und E-Government Strategie auch die Einführung von Open Government Data an.**

~~an, die Verwaltung nach Grundsätzen von Open Government Data umzugestalten.~~ Ziel ist dabei insbesondere, als Bürgerkommune mehr Transparenz und Bürgernähe zu erreichen. Dabei ist eine enge Abstimmung mit der Landesregierung anzustreben.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung **hierzu im Herbst 2015** ~~im März 2015~~ ein entsprechendes Konzept vorzulegen **und im April 2015 einen Zwischenbericht zu erstatten.**

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: **17**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **1**

zu 3.5 **Sitzungskalender 2015**
Vorlage: 14/SVV/0718
Stadtverordnete Müller als Vorsitzende der StVV

Zu den Planungen der Sitzungen der StVV und des Hauptausschusses gibt es keine Hinweise. Gegen den Sitzungskalender erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.6 **Regionale Verkehrsprojekte voranbringen**
Vorlage: 14/SVV/0787
Fraktionen SPD, CDU/ANW

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass der Antrag zur Erledigung in den Hauptausschuss überwiesen wurde.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es nicht nur um regionale Verkehrsprojekte gehe, sondern auch andere wichtige Probleme wie die Schulentwicklungsplanung oder die gemeinsame Wirtschaftsentwicklung. Er schlägt vor, den Beschlusstext um einen 4. Punkt mit folgendem Wortlaut zu ergänzen:

sowie

- der Bedarf an Investitionen im Bildungsbereich und eine Investitionsbeteiligung des Landkreises

Diese Ergänzung wird von Herrn Schubert übernommen. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass damit der Betreff des Antrags geändert werden müsse in „Regionale Projekte voranbringen“.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der letzten Wahlperiode durchgeführten gemeinsamen Sitzungen der Hauptausschüsse der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark wieder aufzunehmen. In der ersten Sitzung sollen die kreisgebietsübergreifenden Verkehrsprojekte

- **Templiner Straße nach Caputh**
- **Eisenbahnbrücke nach Werder**
- **Regio-Bahn Konzept**
sowie
- **der Bedarf an Investitionen im Bildungsbereich und eine Investitionsbeteiligung des Landkreises**

als Tagesordnungspunkte zur Diskussion gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 3.7 Honorarsituation für Kursleitende an der Volkshochschule

Vorlage: 14/SVV/0823

Fraktion DIE LINKE

Hierzu, so der Oberbürgermeister, habe der Ausschuss für Bildung und Sport der Fassung des Änderungsantrags der Fraktion DIE aNDERE zugestimmt. Anschließend bringt Frau Dr. Wegewitz den Änderungsantrag der Fraktion SPD ein und betont, dass die Fraktion an einem Prüfauftrag festhalten wolle.

Frau Dr. Magdowski verweist ihrerseits darauf, dass diese Tarifsteigerungen seitens des Personalservices geprüft werden müssten und es in ihrer Fachverwaltung dafür einen entsprechenden Arbeitsplan gebe. Sie bittet, den Antrag zurückzustellen und auf Grundlage der vorliegenden Prüfergebnisse zu entscheiden.

Gegen den Vorschlag, diesen Antrag bis zur Hauptausschusssitzung am 26.11.2014 **zurückzustellen**, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.8 Selbstbindungsbeschluss zum Integrierten Entwicklungskonzept "Soziale Stadt Am Stern/ Drewitz" Fortschreibung 2014 - 2018
Vorlage: 14/SVV/0829

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr hat der Vorlage zugestimmt.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, ob der Stadtteilrat dazu ein Votum abgeben habe, informiert Frau Michalske-Acioglu, dass dies am 16.10.14 beraten werde.

Gegen den Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg, die Vorlage unter der Maßgabe zur Abstimmung zu stellen, dass das Votum des Stadtteilrates den Fraktionen zugeleitet wird, erhebt sich kein Widerspruch:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) „Soziale Stadt Am Stern/ Drewitz“ – Fortschreibung 2014 – 2018 wird der Umsetzung des Bund-Länderprogramms „Soziale Stadt“ im Fördergebiet „Am Stern/ Drewitz“ und der damit zusammenhängenden Inanspruchnahme von Fördermitteln für den Zeitraum bis einschließlich 2018 zugrunde gelegt.

Der Umbau des Stadtteils Drewitz zur „Gartenstadt,“ ist unter Einbeziehung der Bewohnerschaft und der weiteren Gebietsakteure kontinuierlich fortzusetzen.

Der Schwerpunkt der weiteren Förderung des Stadtteils „Am Stern“ liegt in der Förderung sozio-kultureller Maßnahmen zur Stabilisierung des Gebietes und zur Verstetigung der bisherigen Entwicklung.

Auf veränderte Rahmenbedingungen und Handlungserfordernisse in beiden Stadtteilen ist bei der weiteren Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme durch Anpassung des vorliegenden Entwicklungskonzeptes zu reagieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**,

unter der Maßgabe, dass das Votum des Stadtteilrates den Fraktionen zugeleitet wird.

zu 3.9 Nebentätigkeiten von Geschäftsführenden in städtischen Betrieben
Vorlage: 14/SVV/0771

Fraktion DIE aNDERE

Frau Pöller bringt den Antrag ein.

Anschließend führt Frau Hartmann aus, dass mit dem o.g. Antrag der Fraktion DIE aNDERE ein Thema aufgegriffen werde, das bereits im Zuge der nicht öffentlichen Beantwortung der Kleinen Anfrage (Drucksache 14/SVV/0699) dargestellt worden sei.

In den Anstellungsverträgen der Geschäftsführungen der unmittelbaren städtischen Beteiligungen sei geregelt, dass die Geschäftsführer/innen verpflichtet sind, ihre gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.

In den Anstellungsverträgen seien auch Regelungen zu entgeltlichen und unentgeltlichen Nebentätigkeiten und deren Anzeige- und Genehmigungspflichten gegenüber den Aufsichtsgremien enthalten. Ferner unterliegen die Geschäftsführungen während ihrer Tätigkeit für das jeweilige Landeshauptstadt-Potsdam-Unternehmen einem Wettbewerbsverbot.

Ferner gibt es bereits verbindliche städtische Regelungen, welche sich mit den Nebentätigkeiten von Geschäftsführungen der LHP-Beteiligungen befassen.

Hierbei sind speziell die Leitlinien guter Unternehmensführung - Public Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der LHP (Kodex) hervorzuheben, in dem im Punkt 3.4.3 u.a. geregelt sei, dass Geschäftsführer/innen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate, nur mit Zustimmung des zuständigen Organs ausüben dürfen. Sofern Geschäftsführer/innen Nebentätigkeiten übernehmen sollen, die im Interesse der Gesellschaft liegen, hat die Gesellschafterversammlung über deren Umfang zu entscheiden. Dabei ist auch darüber zu befinden, ob und in welchem Umfang sie Einkünfte aus Nebentätigkeiten abführen müssen und ob sie bei ihrem Ausscheiden aus dem Unternehmen die in dessen Interesse übernommenen Nebentätigkeiten niederzulegen haben. Des Weiteren unterliegen Mitglieder der Geschäftsführung einem umfassenden Wettbewerbsverbot. Bei den v.g. Kodex-Regelungen handelt es sich um verpflichtende Regelungen, d.h. nicht um Empfehlungen oder Anregungen.

Der v.g. Kodex ist für städtischen Mehrheitsbeteiligungen seit 2010 verbindlich. Bei den Tochter- und Enkelbeteiligungen ist auf die Anwendung des LHP-Kodex grundsätzlich hinzuwirken.

Darüber hinaus hat die SVV am 05.12.2012 im Rahmen der Umsetzung der Empfehlungen der Transparenzkommission eine Rahmenrichtlinie über einheitliche (Mindest-)Standards für Compliance-Programme in den Unternehmen und Beteiligungen der LHP beschlossen (Drucksache 12/SVV/0511). Die LHP-Unternehmen sind demnach gehalten, u.a. in ihren jeweiligen Compliance-Regelwerken Regelungen zum Umgang bei Vorliegen von Interessenkonflikten sowie Regelungen zu Insiderwissen/-geschäften aufzunehmen. Der v. g. SVV-Beschluss wurde 2013 durch entsprechende Gesellschafterbeschlüsse für die Mehrheitsbeteiligungen der LHP ebenfalls verbindlich.

Die städtischen Unternehmen hatten und haben zudem unternehmensinterne Richtlinien, die u. a. die städtischen Vorgaben bei Nebentätigkeitengenehmigungen, Interessenkonflikten etc. aufgreifen und umsetzen. In den Aufsichtsgremien wird darüber berichtet und im Zuge der Prüfung nach § 53 HGrG seitens der Abschlussprüfer entsprechende Ausführungen über Tätigkeiten von Geschäftsführern/Geschäftsführerinnen in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien gemacht. Die vollständigen Fragenkataloge der Prüfungen nach § 53 HGrG werden im Ergänzungsband zum Beteiligungsbericht den SVV-Frakturen zur Verfügung gestellt.

Das Gesamtregelwerk der LHP bzgl. der städtischen Unternehmen ist bereits sehr komplex (Stichworte: Kodex, Handlungskatalog AR, Richtlinie

Geschäftsführer, Richtlinien zum Sponsoring/Compliance, Satzung nach § 97 Abs. 8 BbgKVerf, Vergütungsleitlinie u.v.m.).

Auf Grund dieser Information erklärt sich Frau Pöller mit der Streichung im 1. Satz und Einfügung des Wortes „haben“ sowie der Streichung des 2. Absatzes einverstanden.

Herr Schubert beantragt, den letzten Satz des Beschlusstextes zu streichen. Dieser Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 1 Nein Stimme **angenommen**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Vertreter*innen der Stadt Potsdam in den kommunalen Unternehmen ~~werden beauftragt,~~ **haben** sicherzustellen, dass die Nebentätigkeiten leitender Mitarbeiter*innen in städtischen Betrieben nur dann genehmigt werden, wenn Interessenkonflikte mit der zusätzlichen Tätigkeit und der Tätigkeit für das städtische Unternehmen ausgeschlossen werden können und wenn die Nebentätigkeit von ihrem Umfang so gering ist, dass die Haupttätigkeit nicht beeinträchtigt werden kann.

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Richtlinie zur Genehmigung von Nebentätigkeiten zu erarbeiten und den Stadtverordneten bis Dezember 2014 vorzulegen.~~

Die Vertreter*innen der Stadt Potsdam in den kommunalen Unternehmen werden weiter beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Angaben zu Nebentätigkeiten und Vorstandsfunktionen der Geschäftsführer*innen künftig in der für Stadtverordnete üblichen Form veröffentlicht werden soweit und sobald dies rechtlich möglich ist.

~~Über den Sachstand sind die Stadtverordneten im Dezember 2014 zu informieren.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	2

zu 3.10 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Diagnostik GmbH
Vorlage: 14/SVV/0789
Fraktion DIE aNDERE

Eingangs wird das bestätigte Rederecht gewährt und Frau Prieß (Personalvertretung) informiert über die Tarifverhandlungen und die Forderung, den Haustarifvertrag für alle Mitarbeiter zu übernehmen. Zwei der betroffenen Mitarbeiterinnen begründen anschließend dieses Anliegen.

Frau Pöller bringt danach den Antrag ein.

Der Oberbürgermeister verweist auf die gegenwärtigen Tarifgespräche. So könne zwar der Antrag als Notwendigkeit anerkannt werden, aber um dies

auszuhandeln, gebe es Tarifparteien. Es sei ungewöhnlich, dass sich eine Körperschaft in diese Verhandlungen einmische, so dass er empfehle, den Antrag bis zum Abschluss der Tarifgespräche zurückzustellen, auch wenn das Anliegen berechtigt bzw. wünschenswert sei.

Dem schließt sich Herr Prof. Wensich als Vertreter des Klinikums Ernst von Bergmann an und verweist seinerseits darauf, dass einige der angesprochenen Probleme im Angebot der Arbeitgeberseite enthalten seien.

In der sich anschließenden Diskussion wird das Anliegen des Antrags kontrovers diskutiert. So betont Frau Dr. Müller, dass sich nach Abschluss des Tarifvertrages kaum noch Möglichkeiten bieten, um sich zu positionieren. Frau Dr. Schröter verweist auf deutliche „SOS-Zeichen“ der Kolleginnen und die Forderungen seien existenziell. Frau Pöller sieht in dem Antrag eine Unterstützung der Tarifverhandlungen und Herr Dr. Scharfenberg sieht die Stadt als Gesellschafter bei einer derartigen Ungleichstellung in der Verantwortung. Herr Kirsch betont, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen sicher mit zu betrachten seien, trotzdem könne sich der Gesellschafter für eine faire Bezahlung einsetzen.

Herr Schubert schlägt vor, auf der Grundlage des vorliegenden Verhandlungsergebnisses weiter zu beraten, da alles andere ein Eingriff in die Tarifautonomie wäre. Außerdem habe die StVV bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst und die Erwartungshaltung festgeschrieben. Einen Eingriff in die Tarifautonomie, so Herr Wellmann, könne er so nicht erkennen.

Herr Schultheiß plädiert trotz der Sympathie für den Antrag für eine Zurückstellung.

Herr Teuteberg, Leiter der Diagnostik GmbH, erläutert die Entstehung der Tochtergesellschaft, in der Mitarbeiter aus mehreren Bereichen zusammengeführt worden seien. Er bittet um Zeit, die Interessen beider Seiten im Tarifvertrag abbilden zu können.

Herr Schubert stellt anschließend folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Zurückstellung des Antrags bis zum Ende der Tarifverhandlungen.

Nachdem Herr Kirsch dafür und Herr Dr. Scharfenberg dagegen gesprochen haben, wird dieser zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei 4 Ja-Stimmen.

Folgender Verfahrensvorschlag von Herrn Schubert wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Der Beschlusstext der Vorlage ist in der Sitzung der StVV am 05.11.2014 unter Berücksichtigung der Tarifverhandlungsergebnisse zu modifizieren und erst dann abzustimmen, da es die Botschaft zur Angleichung bereits mit Beschluss der StVV vom 02.11.11 gibt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	17
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 4 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0889**

Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Entwurf der Hauptsatzung in den Fraktionen zu besprechen und mit evtl. Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen in der Hauptausschusssitzung am 12.11.2014 zu diskutieren.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Sachstandsbericht zum Facility-Management Kulturmanagement
Schiffbauergasse**

zurückgestellt

zu 6 Sonstiges

**Information zum aktuellen Stand des geplanten Zwischenzugs der FH
Potsdam vom Alten Markt in das Gebäude des Rechenzentrums**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Prof. Dr. Binas, Präsident der Fachhochschule Potsdam.

Anschließend erläutert er die Ausgangssituation und die Vereinbarung mit dem Land, das Rechenzentrum nur bis zum Jahr 2013 zu nutzen. Diese Vereinbarung sei einseitig seitens des Landes mehrfach verlängert worden. Erhebliche Probleme gebe es auch bezüglich der Fachhochschule und des Synagogenbaus. Das Bestreben gehe dahin, die Landesregierung zu verbindlichen Aussagen zu bewegen, wann was passiert, denn daran hänge auch, dass die Landeshauptstadt Potsdam Fördermittel nutzen will und muss, dies aber auf Grund der Situation nicht kann. Gleichzeitig gebe es keine Aussagen des Landes hinsichtlich einer Verlängerung der Zeiträume zur Inanspruchnahme von Fördermitteln.

Deshalb wurde die Frage diskutiert, ob die Fachhochschule umziehen könne und sei dieses Szenario in der Arbeitsgruppe „durchgespielt“ worden. Bis Ende 2014 soll die Arbeitsgruppe zu einem Ergebnis kommen.

Anschließend erläutert Herr Prof. Dr. Binas die Situation aus seiner Sicht und betont das gemeinsame Interesse, die Umzugspläne nicht in Frage zu stellen oder Alternativen zu prüfen, wobei die derzeitigen Vorschläge ungeeignet seien.

Er betont, dass eine Beschleunigung des Umzugs mit Mehrkosten von 80 – 90.000 Euro/Monat verbunden sei und es grundlegende Bedenken hinsichtlich der Nutzung des Rechenzentrums gebe. Neben den ungeeigneten Zuschnitten der Räume, fehle eine Versorgung der Studierenden und bringen die angebotenen Alternativen den Stundenplan durch Fahrtzeiten völlig durcheinander. Die Studierenden würden einen Zwischenzug grundsätzlich ablehnen und hätten bereits Gegenmaßnahmen wie Demos angekündigt. Er plädiert dafür, die für einen Umzug veranschlagten zusätzlichen Mittel für eine Beschleunigung der Baumaßnahmen auf dem Grundstück in der Pappelallee zu nutzen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass die Stadt und die Fachhochschule in den Grundzügen „nicht weit auseinander seien“ und schließt sich dem Vorschlag an,

die Kräfte darauf zu konzentrieren, das Gebäude in der Pappelallee zügig zu errichten. Ebenso spricht sich Herr Schubert dafür aus, alles für einen zügigen Umzug der Fachhochschule in das Bornstedter Feld zu tun. In Richtung Land sollte der Druck für verbindliche Aussagen erhöht und eine Variante gefunden werden, die die Fachhochschule mitträgt.

Frau Armbruster betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es unterstütze, über die gebildete Arbeitsgruppe zu einem Vorschlag zu kommen. Herr Klipp habe hier im Auftrag der Stadt gehandelt und eine Diskussion „angeschoben“, die schon viel früher hätte passieren müssen. Herr Klipp betont, dass es eine Variante, die allen gefalle und keinem wehtue, nicht geben werde. Die Umzugsplanung gebe kein Optimierungspotenzial mehr her und die Stadt könne nun mal den Landesbetrieb nicht beeinflussen. Das sei mehr als hinderlich, wenn vom Land selbst genannte Termine nicht eingehalten würden. Er unterstreicht, dass sowohl der Verbleib der Fachhochschule am alten Standort als auch ein Zwischenumzug sowie alle Folgen einer gestoppten städtebaulichen Entwicklung in der Potsdamer Mitte Geld kosten werde.

Der Oberbürgermeister plädiert dafür, die in der Arbeitsgruppe vereinbarten Prüfungen zu Ende zu führen und auf der Grundlage der Ergebnisse weiter zu diskutieren.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, Vertreter der Landesregierung einzuladen und die weitere Vorgehensweise gemeinsam zu besprechen.